

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Salzburger Brezen beim Christkindlmarkt im Franziskanerviertel (GRⁱⁿ Gamsjäger-Katzensteiner, KPÖ)

Originaltext des Antrages:

18 Jahre lang war der Traditionsbetrieb „Salzburger Brezen“ ein fixer Bestandteil des Christkindlmarkts im Franziskanerviertel und erfreute sich großer Beliebtheit. Das Ausmaß dieser Beliebtheit lässt sich unter anderem anhand der Reaktionen der Besucher:innen erkennen. Als auf den Social-Media-Kanälen der „Salzburger Brezen“ das diesjährige Fernbleiben vom Christkindlmarkt gepostet wurde, wurde der Beitrag von 9.200 User:innen geteilt. An das Büro der Bürgermeisterin ergingen zahlreiche An- und Nachfragen, wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist und ob sich daran noch etwas ändern ließe. In der Tat fragt man sich, welche Beweggründe hinter dieser Entscheidung stehen, argumentiert doch Marktleiter Walter Kriwetz mit der fehlenden Regionalität, während Stadtrat Günter Riegler, die angeblich fehlende Nachhaltigkeit als entscheidenden Punkt nennen. Die Reaktionen der enttäuschten Christkindlmarktbesucher:innen haben mehr als deutlich gezeigt, dass nach einer Alternativlösung gesucht werden muss, den Salzburger Traditionsbetrieb auch dieses Jahr wieder zum Bestandteil der Grazer Christkindlmärkte zu machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Der zuständige Stadtrat Günter Riegler wird ersucht einen Weg zu finden, die „Salzburger Brezen“ für die diesjährige Christkindlmarkt-Saison doch noch nach Graz zu holen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.2 Informationen zur Baustelle Pongratz-Moore-Steg in Andritz für Bevölkerung (GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)

Originaltext des Antrages:

Der seit 1968 als Rohrbrücke errichtete Pongratz-Moore-Steg über die Mur, welcher den Bewohner:innen von Andritz und Gösting als Fuß- und Radweg dienlich war, ist bereits seit Juli 2023 gesperrt. Eine Neuerrichtung ist gesetzlichen Vorgaben unterworfen: Wasser-, Naturschutz- und Straßenrecht sind zu berücksichtigen. Neue Leitungsverlegungen sind unumgänglich. Eine Zwischenlösung (etwa Schwimmbrücke oder Bailey-Brücke) ist wegen behördlicher Auflagen und örtlicher Gegebenheiten nicht möglich. Aufgrund des komplexen Problems ergibt sich eine erhebliche Verzögerung des Baus, welcher ursprünglich mit Ende 2024 anberaumt war. Realistischer Weise wird sich die Fertigstellung um ein Jahr verzögern (2025/Anfang 26). Zahlreiche Beschwerden der Anwohner:innen der betroffenen Bezirke, welche über große Umwege ausweichen müssen, veranlassen mich mit der Bitte um entsprechende Informationen zur – zwar verständlichen – aber doch sehr langwierigen Errichtung des neuen Murüberganges an Sie heranzutreten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Das zuständige Straßenamt möge in Zusammenarbeit mit der Kommunikationsabteilung die Bewohner:innen der Bezirke Andritz und Gösting aktuell sowie in sinnvollen Abständen über die Hintergründe der Verzögerung beziehungsweise den Verlauf der Bauarbeiten informieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.3 Frühere NS-Gräuel auf dem Gelände Graz Reininghaus – dem Vergessen entreißen!
(GR Luttenberger, KPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Eine kürzlich im Wohnquartier Reininghaus angebrachte Plakette würdigt eine Erfindung (Presshefe) des Braumagnaten Mautner von Markhof mit gekoppeltem Aufschwung der damaligen Großbrauerei Reininghaus. Löblich. Gleichzeitig verbirgt sich unter dem Areal der Reininghausgründe ein schreckliches Geheimnis. Ende 1944 errichteten die Nazis eine unterirdische Rüstungsfabrik, als eine der größten ausgelagerten Rüstungsfabriken Österreichs. Produziert wurden Flugzeugmotoren und Panzergetriebe. Dazu wurden noch Luftschutzbunker errichtet. Bauen mussten beide Objekte rund 1.600 Zwangsarbeiter denen die Todesstrafe angedroht wurde, wenn sie darüber redeten.

Der Begriff „Zwangsarbeiter:in“ ist mit schrecklichen Realitäten verbunden. Wie viele kamen bei Zwangsarbeit in Graz um? Wie viele wurden in Todesmärschen noch in Konzentrationslager gebracht um dort zu krepieren? Für die historische Aufarbeitung gibt es noch viel zu tun. Vor Jahren wurde seitens der KPÖ eine diesbezügliche Anfrage an die damaligen Stadtverantwortlichen gestellt, die Realisierung ist – sagen wir mal – mehr als ergebnisoffen.

(https://www.graz.at/cms/dokumente/10360595_10696015/fad3b2ff/03_KPOE.pdf)

Die unlängst erschienene BIG berichtet unter „Kultur und Miteinander“ über geplante Revitalisierung der Tennenmälzerei in Reininghaus. Es ist höchst an der Zeit, dass dies zum Anlass genommen wird an die Schrecken der Nazis in diesem Zeitabschnitt zu erinnern (etwa in Form eines Gedenkraums, einer Gedenkecke, eines Gedenksteins, oder zumindest einer Gedenktafel). Dieses Gedenken muss auch zeithistorisch begleitet werden.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen daher den

Antrag

Die zuständigen Stellen mögen, im Zuge der Revitalisierung der Tennenmälzerei, einen Gedenkort für die Zwangsarbeiter:innen der unterirdischen Rüstungsfabrik einrichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.4 Studie zur Grazer Innenstadt
(KO GRⁱⁿ Mohsenzada, KPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Am 5. September haben wir aus den Medien erfahren, dass die FH Campus 02 im Auftrag der Stadt (Stadtrat Günter Riegler) eine Studie zur Grazer Innenstadt erstellt hat. Diese soll laut Medienberichten, sehr gemischt ausgefallen sein. Diese Informationen wie auch die Studie selbst sind für Gemeinderät:innen und auch andere Stadtsenatsmitglieder von großem Interesse.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen daher den

Antrag

Stadtrat Günter Riegler, möge die besagte Studie an alle Gemeinderats- und Stadtsenatsmitglieder übermitteln und auch die Kosten für die Studie offenlegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 Radfahren im Volksgarten
(GRⁱⁿ Derler, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In Graz ist das Radfahren in Grünanlagen außerhalb ausgewiesener Stellen verboten. Fußgänger können so möglichst ungestört und sicher die Parkanlagen nutzen. Eine Regelung die Sinn macht und für Sicherheit sorgt. Wie immer aber bestätigen Ausnahmen die Regel. So auch im Volksgarten. Denn wenn Radfahrer den Volksgarten von der Volksgartenstraße bei der Kreuzung Mühlgasse kommend in Richtung Weißeneggergasse queren könnten, würden sich dadurch viele Wege verkürzen.

Nachdem jede Maßnahme, die das Radfahren in der Stadt vereinfacht und sicherer macht, ein gute Maßnahme ist, stelle ich daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen überprüfen, ob eine Querung des Volksgartens auf einem ausgewählten Radweg ermöglicht werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Schulveranstaltungen
(GRⁱⁿ Derler, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Schulausflüge gehören an Grazer Schulen gottseidank noch immer zum Alltag. Dabei werden Museen besucht, die Natur erkundet oder Sportanlagen genutzt. Allerdings verfügen nicht alle Schülerinnen und Schüler über ein Top – Ticket. Neben der finanziellen Komponente ist der organisatorisch Aufwand, insbesondere für das Lehrpersonal nicht zu unterschätzen. Die Lösung wäre grundsätzlich sehr einfach. Schulklassen sollten ähnlich wie Kindergärten dies inzwischen können, die Möglichkeit haben im Rahmen von Schulausflügen gratis die öffentlichen Verkehrsmittel in Graz zu benützen.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclub folgenden Antrag

Antrag:

Die zuständigen Verkehrsstadträtin wird ersucht ein Modell zu entwickeln, das es ermöglich, das Schulkassen im Rahmen von Schulausflügen die öffentlichen Verkehrsmittel kostenfrei benützen können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.7 Ermäßigung Jahreskarte analog zum Topticket für 6jährige
(GRⁱⁿ Kreiner, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In Graz gibt es für zahlreiche Personengruppen ganzjährige Ermäßigungen, die seitens der Holding bzw. des Verkehrsverbundes angeboten werden. Darunter fallen zum Beispiel Kinder bis sechs Jahre, Schülerinnen und Schüler und Seniorinnen und Senioren.

Allerdings gibt es in diesem System eine Lücke, die leider noch immer nicht geschlossen ist. Kinder die sechs Jahre alt sind und noch nicht zur Schule gehen, haben einerseits keine Freifahrt und andererseits auch keine Möglichkeit das Topticket zu erwerben.

Dieser Umstand bedingt oftmals ein Problem bzw. eine Herausforderung für die Familien in Graz, da der Kauf einer ähnlich günstigen Jahreskarte wie das Top – Ticket eines darstellt, damit nicht möglich ist.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gebeten eine Lösung für das im Motiventext beschriebenen Problem zu erarbeiten und den sechsjährigen Grazerinnen und Grazer eine kostengünstige Alternative anzubieten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Markierungen im öffentlichen Raum
(GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

seit Beginn der Gemeinderatsperiode gibt es einen erheblichen Anteil an (Verkehrs-) Projekten im öffentlichen Raum. Dabei fällt auf, dass einige neue Bodenmarkierungen angebracht wurden. So werden unterschiedliche Bereiche des öffentlichen Raumes mit unterschiedlichen Farben sowie Formen (wie z.B. Punkten) versehen.

Immer wieder werde ich darauf von Bürgerinnen und Bürger angesprochen, da offenbar eine weit verbreitet Unklarheit darüber herrscht, welche Bedeutungen die verschiedenen neuartigen Bodenmarkierungen haben.

Leider ist es für viele nicht möglich, ein einheitliches System und deren Bedeutung zu erkennen. So erzeugen weiße Umrandungen neben Gehsteigen bzw. vor Zebrastreifen oft ratlose Blicke, vielfach ist oft unklar, wie man sich nun im Straßenraum verhalten kann.

Gefährlich wird es insbesondere dann, wenn Kinder nicht mehr darüber Bescheid wissen und Markierungen wie gelbe Punkte offenbar dahingehend interpretieren, dass man darauf hüpfen soll. Dies birgt natürlich die Gefahr, dass das Unfallrisiko entsprechend ansteigt. Ebenso werden insbesondere ältere Mitmenschen durch diese nicht näher definierten Änderungen im öffentlichen Raum verunsichert und meiden aus Angst diese Plätze.

Darüber hinaus wird mir vielfach zugetragen, dass die gelben Punkte auf dem Boden sehr schnell einen schmutzigen und ungepflegten Eindruck machen, da die Farbe anscheinend nicht allzu lange hält und damit teilweise abgeht. Insbesondere in der

Zinsendorfgasse und am Lendplatz erzeugt dies ein Erscheinungsbild, das nicht gerade einladend ist.

Aus diesem Grund stelle ich im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs den

Antrag

- 1. Die zuständigen Stellen werden gebeten, im Sinne des Motiventextes das neue System der Markierungen im öffentlichen Raum für den gesamten Grazer Stadtraum zu erläutern, und dieses durch die dafür zuständigen Stellen der Bevölkerung wie auch dem Gemeinderat zukommen zu lassen.*
- 2. Die zuständigen Stellen werden gebeten zu prüfen, ob die erwähnten Markierungen auch langfristig dergestalt angebracht werden können, dass eine Abnützung tunlichst vermieden werden kann bzw. das beabsichtigte Erscheinungsbild längst möglich bestehen bleibt.*

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.9 Mehrbelastung der Scheigergasse durch Fahrradstraßen (GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

der Neufeldweg wird im Abschnitt zwischen Brucknerstraße und Petrifelderstraße zu einer Fahrradstraße umgewandelt. Im Zusammenhang mit der gesperrten Marburger Straße und dem dadurch künstlich erzeugten Schleich- und Mehrverkehr in den umliegenden Straßen und Gassen bedeutet das, dass die Scheigergasse die einzige

direkte Durchfahrtmöglichkeit von der Brucknerstraße in die Petrifelderstraße ist. Dies bedeutet in Zukunft einen weiteren massiven Verkehrsanstieg in dem reinen Wohngebiet Scheigergasse, deren Anwohner seit der Sperre der Marburgerstraße ohnehin schon unter dem enormen Anstieg des Durchzugsverkehrs zu leiden haben. Bereits heute haben sich Bürgerinitiativen gegen die Auswirkungen der Maßnahmen gebildet, die auch bereits Unterschriften für eine tragbare Lösung unter Einbindung der betroffenen Anrainer gesammelt haben.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen jedenfalls noch im heurigen Jahr 2024 definitive Lösungsvorschläge für die Verhinderung des zu erwartenden Anstiegs des Verkehrs im reinen Wohngebiet Scheigergasse durch die Maßnahmen in der Marburger-Straße und am Neufeldweg vorlegen und an die Bevölkerung in St. Peter kommunizieren.*
- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die proaktive Einbindung der unmittelbar betroffenen Anwohner in der Scheigergasse forcieren und die Ergebnisse in die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse einbinden.*

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Naturdenkmal Ragnitz
(GR Topf, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der Ragnitz (Frankensteingasse 8) steht eine Linde, die aus unserer Sicht ein erhaltenswertes Naturdenkmal darstellt. Durch einen Brief eines Anrainers wurde der dortige Bezirksvorsteher Josef Schuster darüber informiert, dass im Zuge der geplanten Bebauung auch dieser Baum gefällt werden soll. Hinzu kommt, dass es offenbar massive Einwände der angrenzenden Bewohnerinnen und Bewohner gibt, die insbesondere auf Grund der dort bestehenden prekären Hangwasser- und Entwässerungssituation, aber auch auf Grund der geplanten und nicht dem Ortsbild entsprechenden Kubatur des Gebäudes und dessen Erscheinungsbildes ihren Sorgen Ausdruck verleihen. Ich gehe davon aus, dass diese Einwände sicherlich von deiner Seite bereits an die zuständigen Abteilungen weitergeleitet wurden. Direkt tätig werden könnte aus meiner Sicht allerdings die Stadt insofern, indem sie den Baum als Naturdenkmal eintragen lässt.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht, die im Motiventext beschriebene Linde dahingehend zu begutachten, ob eine Eintragung als Naturdenkmal möglich ist und dies gegebenenfalls zu veranlassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Fußgängersicherheit
(GRⁱⁿ Unger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Zum wiederholten Mal stelle ich einen Antrag für Fußgängersicherheit. Da meine bisherigen Anträge teilweise bis dato ohne Antwort geblieben sind, das Problem der zunehmenden Gefährdung von FußgängerInnen auf für sie vorgesehenen Verkehrsflächen wie Gehsteigen, und Fußgängerzonen aber immer größer wird, plädiere ich erneut dafür, dieses Thema ernst zu nehmen und seitens der politisch Verantwortlichen Lösungen zu präsentieren.

Laut der Mobilitätspyramide von Vizebürgermeisterin Schwentner sind die FußgängerInnen die wichtigste Personengruppe, für die Platz geschaffen und die Mobilität verbessert werden soll. Aktuell hat man leider den Eindruck, dass sich die Bemühungen fast ausschließlich den RadfahrerInnen widmen, obwohl es viel für die FußgängerInnen zu tun gäbe.

Grundsätzlich befürworten wir sanfte Mobilität natürlich. Es ist gut, wenn immer mehr Menschen aufs Rad umsteigen. Aber je mehr radeln, desto mehr Verantwortung trägt die Stadt, die den Umstieg ja forciert, dafür, dass das Verkehrsaufkommen weiterhin für alle reibungslos funktioniert. Gerade FußgängerInnen müssen unterstützt werden, zumal häufig ältere, bewegungseingeschränkte oder Personen mit kleinen Kindern und Kinderwägen zu Fuß unterwegs sind. Besonders für sie muss gewährleistet sein, dass Wege sicher zurückgelegt werden können und dem keine Hindernisse und Risiken entgegenstehen.

Leider schaut es ganz anders aus: Es häufen sich Beschwerden von FußgängerInnen, die durch RadfahrerInnen auf Gehsteigen behindert und gefährdet werden. Besonders

erschreckend ist, dass es im Zuge dieser Begegnungen vermehrt zu verbalen Entgleisungen und Tötlichkeiten kommt und in den seltensten Fällen ein Unrechtsbewusstsein vorhanden ist. Gerade ältere und/oder bewegungseingeschränkte Personen fühlen sich deshalb als FußgängerInnen zunehmend unsicher. Außerdem melden immer wieder Menschen, die mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl unterwegs sind, Behinderungen durch am Gehsteig abgestellte (Lasten)räder. Häufig wurden im Gemeinderat auch schon Lösungen für die Sporgasse und die Herrengasse gefordert, die als Fußgängerzonen von vielen leider nicht mehr ernst genommen werden. Es ist erwiesen, dass Unfälle zwischen Rad- und Fußverkehr immer häufiger stattfinden. Es handelt sich um eine Steigerung von 25 % in den letzten 10 Jahren laut einer Studie der Allianzversicherung 2022. Darin wird auch benannt, dass zwei von drei RadfahrerInnen die Nutzung von Gehsteigen nicht ausschließen. Das Thema sollte also bekannt sein, die Dringlichkeit auch.

Stets wird dann auf die Exekutive verwiesen, aber die Stadt muss sich hier auch selbst für ihre BürgerInnen einsetzen. Konkrete Verbesserungen der Sicherheits- und Platzfrage auf Gehsteigen sind ständige Themen, aber insbesondere Bewusstseinsarbeit ist mittlerweile dringend geboten. Die Stadt Graz, die ja seit fast zwei Jahren eine FußgängerInnenbeauftragte hat, ist hier gefordert, durchaus gemeinsam mit VertreterInnen der RadfahrerInnen und der Polizei etc. zeitnah Lösungsvorschläge und Strategien zu erörtern und für die Bevölkerung spürbare Verbesserungen umzusetzen.

Daher stelle ich folgenden

Antrag

Vizebürgermeisterin Judith Schwentner möge konkrete Vorschläge für die Bewusstseinsarbeit vorlegen, die sich an RadfahrerInnen richtet und die rechtmäßige Benutzung von Verkehrsflächen sowie Rücksicht gegenüber den FußgängerInnen in den

Fokus rückt. Begleitend sollen auch Möglichkeiten geprüft werden, wie man das Problem der auf Gehsteigen abgestellten Lastenfahrräder lösen kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.12 Fußgängerzone – Einhaltung der Lieferzeiten (GRⁱⁿ Unger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Ein leider ständig virulentes Thema ist die Situation in Fußgängerzonen. Auch außerhalb der erlaubten Zeiten befahren beispielsweise die Sporgasse und die Herrengasse nicht nur RadfahrerInnen, sondern auch zahlreiche Lieferdienste, egal ob per Rad, Pedelec oder Auto /Lieferwagen. Für FußgängerInnen ist das teilweise gefährlich, und es stellt sich einmal mehr die Frage, ob die Vorgaben zur Einhaltung der Fußgängerzone überhaupt noch ernst genommen werden. Einmal mehr ist festzuhalten, dass natürlich die Polizei für Strafen und Ahndungen der Regelübertretungen zuständig ist. Trotzdem sollte die Stadt selbst hier tätig werden und einen Beitrag leisten, um das hohe Verkehrsaufkommen in Fußgängerzonen außerhalb der dafür vorgesehenen Zeiten einzudämmen.

Daher stelle ich folgenden

Antrag:

Frau Bürgermeisterin Elke Kahr und die für Verkehr zuständige Vizebürgermeisterin Judith Schwentner nehmen mit den namhaften Lieferdiensten Kontakt auf und

erarbeiten gemeinsam mit den VertreterInnen dieser Branche eine Lösung, die die Fußgängerzonen berücksichtigt und respektiert.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 Neuausstellung von Pässen für Menschen, die nicht persönlich ins Amt kommen können
(GRⁱⁿ Unger, ÖVP)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In den nächsten Wochen stehen in der Steiermark zwei wichtige Wahlen bevor. Im Sinne der Nutzung demokratischer Rechte ist es grundsätzlich wichtig, dass möglichst viele Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und Gebrauch machen können. Für manche stellt sich allerdings letzteres als Problem dar. Verfügt jemand über einen abgelaufenen Pass und keine weiteren adäquaten Ausweise, ist beispielsweise die Beantragung einer Wahlkarte im Internet, wo u.a. das Ausstellungsdatum des Dokuments verlangt wird, nicht möglich. Ist diese Person außerdem bettlägrig, ist es auch nicht möglich, einen neuen Pass zu erhalten, da die Reisepassausstellung die physische Anwesenheit der betreffenden Person in einer der Servicestellen der Stadt Graz verlangt. Für bettlägrige Menschen ist also eine Neuausstellung unmöglich und somit neben vielen anderen Nachteilen auch die Teilnahme an Wahlen erschwert. Eine mögliche Lösung könnte ein aufsuchendes Serviceangebot sein, das hinsichtlich Sicherstellung von Datenschutz und anderer Anforderungen entsprechend ausgestattet sein muss.

Daher stelle ich folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen werden ersucht, sich für die Lösung des oben beschriebenen Problems einzusetzen und den Vorschlag eines aufsuchenden Serviceangebots hinsichtlich Umsetzbarkeit, Bekanntmachung und Personalausstattung zu prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.14 Regenwassernutzung (GRⁱⁿ Unger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die letzten Tage haben einmal mehr auf dramatische Weise gezeigt, dass Wetterphänomene immer herausfordernder und gefährlicher werden. Vom persönlichen Leid vieler Menschen, die nach den jüngsten Unwettern vor größten Herausforderungen stehen, und dem unglaublichen Engagement der Einsatzkräfte bis zur allgemeinen Sorge über kürzere Abstände von Extremereignissen, beschäftigt uns das Thema alle sehr. Besonders das Thema Wasser spielt eine enorme Rolle und muss auf mehreren Ebenen dringend als Ressource einerseits und als Gefahr andererseits bearbeitet werden.

Auch in Graz sind Starkregenereignisse und andere Niederschlagsphänomene, Sturm und extreme Trockenheit als klimabedingte Probleme präsent, denen man Maßnahmen und Vorkehrungen entgegensetzen muss. Der individuelle sorgsame Umgang mit dem kostbaren Wasser ist wichtig, da jeder durch sparsame Verwendung dieser kostbaren Ressource einen Beitrag leisten kann. Zugleich sind größere Pläne unverzichtbar, die der Kommune helfen, mit den Umweltbedingungen bestmöglich umzugehen und für den Bedarf der Stadt ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Zahlreiche

Maßnahmen und Vorschriften dazu gibt es bereits auf Bundes- und Landesebene, viele Kommunen entwickeln Ideen zur Sammlung und Nutzung von Regenwasser, wie beispielsweise einen Regenwasserplan, der den Gemeinden hilft, ein klimafittes Regenwassermanagement zu entwickeln. Das umfasst Grünflächenbewässerung, Gebäudekühlung, Sanitärnutzung sowie Gebäudeschutz durch Kanalentlastung und stellt neben der Frage der Rückhaltebecken und Überschwemmungsschutz den wichtigsten Eckpfeiler dar. Sammlung und Einsatz von Regenwasser beinhaltet immer auch die sorgsame Nutzung von Trinkwasser und ist damit gerade für regenarme Zeiten von großer Bedeutung.

Zum wiederholten Male stelle ich daher folgenden

Antrag

Die zuständige Stadtsenatsreferentin Vizebürgermeisterin Judith Schwentner wird ersucht, die bereits bestehenden Maßnahmen für die Sammlung und Nutzung von Regenwasser sowie vorhandene Ideen unter Berücksichtigung nationaler und internationaler Best practice-Beispiele zu bündeln und dem Gemeinderat inklusive eines Umsetzungskonzeptes zur Kenntnis zu bringen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.15 Anwohnerparken Herz-Jesu-Viertel (GR Lenartitsch, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Nicht zuletzt aufgrund des Umstandes, dass seitens der Verkehrsreferentin das Anwohnerparken im Univiertel als erfolgreich bezeichnet wurde und daher auch im Neutorviertel zur Anwendung kommt, mehrt sich in anderen Stadtvierteln mit hohem

Parkdruck der Wunsch, ebenso durch das Modell Anwohnerparken zugunsten der Anrainer:innen für Entlastung zu sorgen.

Ganz konkret wurde dieser Wunsch beispielsweise von Bewohner:innen des Herz-Jesu-Viertels kommuniziert. Wobei es als zielführend erscheint, angesichts der sukzessiven Reduktion des Parkraumes in Graz in Rückkoppelung mit den Bezirksvorstehungen auf Basis der jeweiligen Auslastungsdaten grundsätzlich Überlegungen anzustellen, in welchen weiteren Bereichen im Grazer Stadtgebiet Anwohnerparken eingerichtet werden sollte: Denn naturgemäß führt der Rückbau von Parkplätzen zu einem erhöhten Parkdruck, der jedoch nicht zu Lasten der Bewohner:innen gehen sollte.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Stellen in der Stadt Graz mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht

- a) unter Einbindung der Bezirksvorstehung und der Anrainer:innen für das Herz-Jesu-Viertel zur Entlastung der Bewohner:innen die Einführung des Anwohnerparkens zu prüfen und*
- b) grundsätzlich – unter Einbeziehung der jeweiligen Bezirksvorstehungen und auf Basis der Auslastungszahlen – vorsorglich Überlegungen anzustellen, wo aufgrund des sukzessiven Rückbaues von Parkraum in Zukunft durch Anwohnerparken einem dadurch zu erwartenden erhöhten Parkdruck zu Lasten der Anrainer:innen gegengewirkt werden kann.*

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.16 Bezirkspark Straßgang/ Puntigam
(GR Lenartitsch, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Eine fußläufig erreichbare Naherholung ist einer der entscheidenden Punkte in Hinblick auf die Wohn- und Lebensqualität: Nicht zuletzt auch in Hinblick auf die angestrebte Verkehrswende wird Grün- und Erholungsraum im Wohnumfeld immer wichtiger. Doch ausgerechnet in den Bezirken Puntigam und Straßgang herrscht in dieser Hinsicht großer Nachholbedarf: Erst jüngst wieder wurde auch im Bezirksrat Straßgang eindringlich darauf hingewiesen, dass Straßgang und Puntigam trotz überproportionalem Bevölkerungszuwachs jene beiden Stadtbezirke sind, die über die flächenmäßig geringsten öffentlich zugänglichen Parks und Grünflächen verfügen.

Gerade aber weil derart viele Bauprojekte in diesen beiden Bezirken hochgezogen werden, in Planung sind oder es zumindest die entsprechenden Grundstücksreserven dafür gibt, sollte es doch möglich sein, auch einen entsprechenden Bezirkspark für Erholung und Spiel zu realisieren. Seitens des Bezirkrates wurde beispielsweise der Bereich Hafnerstraße, Neuseiersbergstraße, Gradnerstraße dafür als Möglichkeit geortet, da es hier eine riesige, unbenutzte Brachfläche gäbe und somit zumindest Teile davon zeitlich begrenzt, vielleicht aber sogar auf Dauer als Naherholungsraum genutzt werden könnten. Wobei sich in Puntigam oder Straßgang sicher noch andere Flächen dafür eignen könnten – vorausgesetzt, seitens der Stadt machen sich die verantwortlichen Stellen auf die Suche.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht nach Möglichkeiten für die Errichtung eines öffentlichen Parks für Straßgang und Puntigam als Erholungs- und Spielraum zu suchen und einen solchen zu errichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.17 Beleuchtung Calisthenics Park am Ragnitzbach (KO GRⁱⁿ Schlüsselberger, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Sportbegeisterte Menschen finden in Graz zahlreiche Möglichkeiten vor, um in jedem Lebensalter und der eigenen Fitness entsprechend ganz im Sinne der Gesundheitsförderung ihren Hobbies nachzugehen. Wobei viele dafür allerdings erst nach der Arbeit oder der Schule und somit oft am späten Nachmittag oder in den Abendstunden Zeit dafür haben. Was dann – mangels Tageslichts und fehlender künstlicher Beleuchtung - häufig jeden Spaß an der Bewegung nimmt und sogar zum Problem werden kann, wenn das geplante Workout nicht Wohlbefinden und Gesundheit steigert, sondern sogar mit Verletzungen endet.

Ein schlechtes Beispiel dafür ist der Calisthenics Park Ragnitz südöstlich des Bezirkssportplatzes Concordia an der Kreuzung Ragnitzbach Doktor-Hanisch-Weg. Weil ohne jedwede Lichtquelle, sind Workout und Bewegung außerhalb des Tageslichts praktisch unmöglich. Dabei wäre es aufgrund der örtlichen Gegebenheiten sicher machbar, hier für ausreichende Beleuchtung zu sorgen, damit die vielen Sportbegeisterten diesen Trainingsbereich auch in den späteren Abendstunden weiterhin nutzen können.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht die Ausstattung des Calisthenics Park Ragnitz mit einer Beleuchtung zu überprüfen und umzusetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.18 Notfallkarte für Haustierbesitzer:innen
(KO GRⁱⁿ Schlüsselberger, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Eine große Sorge vieler Tierfreund:innen ist, wie es mit ihren Lieblingen zu Hause weitergeht, wenn sie einen Unfall haben, überraschend ins Krankenhaus eingeliefert werden, vielleicht nicht ansprechbar sind – und somit auch nicht mitteilen können, dass daheim ein Tier wartet, dass dringend gefüttert und betreut werden müsste. In manchen Tierbedarfshandlungen sind dafür Notfallkarten erhältlich, auch im Internet sind solche Notfallkarten in unterschiedlichster Ausführung zu verschiedenen Preisen erhältlich. Was praktisch bei allen gemeinsam ist: Angegeben werden soll die Art des Tieres, in vielen Fällen natürlich auch der Name des Tieres und wer im Notfall zu verständigen ist, damit er/sie sich um das Tier kümmert. Was natürlich voraussetzt, dass besagte Person schon im Vorfeld darüber informiert wurde und sich dazu bereit erklärt hatte.

Gerade weil es Notfallkarten in unterschiedlichster Machart gibt, viele davon mit Werbeaufschriften, befürchten natürlich zahlreiche Tierfreund:innen, dass diese Karten – weil ihnen der „offizielle“ Charakter fehlt – im Ernstfall zu wenig beachtet werden. Ihr

daher nachvollziehbarer Wunsch: Es möge doch seitens der Stadt eine solche Notfallkarte aufgelegt werden, die unter anderem in den Service stellen, bei den Portieren im Rathaus und im Amtshaus, in Tierarztpraxen erhältlich ist und auch über die Homepage der Stadt Graz heruntergeladen werden kann.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht

- a) eine solche Notfallkarte betreffend zu versorgende Haustiere zu entwickeln und unter anderem in den Servicestellen, bei den Portieren im Rathaus und im Amtshaus, in Tierarztpraxen aufzulegen und*
- b) begleitend dazu in der BIG und auf der Homepage der Stadt Graz eine Informationskampagne zu starten.*

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.19 Sicherung Mühlgang
(KO GRⁱⁿ Schlüsselberger, SPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Durch die immensen Regenwassermengen der letzten Jahre ist es vermehrt dazu gekommen, dass der Wasserpegel des Mühlganges immer weiter ansteigt.

Anrainer:innen sind deshalb in größter Sorge, dass vor allem der Abschnitt hinter dem Interspar in der Wiener Straße 286 nicht genügend abgesichert ist, befinden sich doch hier in unmittelbarer Nähe des Mühlganges einige Wohnsiedlungen. Und für spielende Kinder ist Wasser, sind Bäche erfahrungsgemäß immer interessant, sie unterschätzen die großen Gefahren, die damit verbunden sind. Umso wichtiger wäre es raschest zu handeln und für eine entsprechende Absicherung des Mühlganges zu sorgen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gemäß Motivenbericht beauftragt, raschest zu prüfen, in wessen Eigentum und somit Verantwortung besagter Grundstücksabschnitt fällt, um dann umgehend die weiteren Schritte zur dringend notwendigen Absicherung des Mühlgang-Ufers zu veranlassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.20 Baumpflege der Stadt Graz
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Stadt Graz bietet der Bevölkerung viele Möglichkeiten sich im Grünen zu erholen. Einige der Parkanlagen bzw. Begrünungen befinden sich inmitten vieler Wohnhäuser, umso wichtiger ist es, die dort liegenden Bäume regelmäßig zu pflegen.

Bei Starkem Wind oder Gewitter besteht die Gefahr, dass sich die dort angrenzenden Bäume in Richtung der Wohnhäuser biegen, weshalb sich die Anrainer berechnigte Sorgen um mögliche Folgen machen. Ein Beispiel ist der Annaplatz in Eggenberg. Die vergangenen Tage haben auf Grund der enormen Windgeschwindigkeiten gezeigt, dass es umso wichtiger ist, hoch gewachsene Bäume regelmäßig zu überprüfen und nötigenfalls zurückzuschneiden. Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine regelmäßige Kontrolle und Pflege der Grazer Bäume erfolgen kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.21 Bezirkssportplatz Doktor-Karl-Lueger-Straße (Bulme Platz)
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Aus diversen Bürgersprächen wissen wir, dass sich der Bezirkssportplatz Doktor-Karl-Lueger-Straße in einem unattraktiven Zustand befindet. Der Boden bei den vorhandenen Fußballtoren versinkt immer mehr im Matsch und große Pfützen (Senke siehe Foto) füllen sich immer wieder mit Wasser und machen das Fußballspiel beschwerlich bis unmöglich. Daher gehört dieser Bereich saniert.



Des Weiteren wird beim Link auf der Stadt-Graz <https://www.graz.at/cms/beitrag/10021860/7856265/Bezirkssportplaetze.html#tb15> Website des Bezirkssportplatzes ein angeblich vorhandener Trinkbrunnen angeführt, der aber beim Folgen des Links in der Trinkbrunnenkarte nicht ersichtlich ist und auch örtlich nicht vorhanden ist.

Außerdem ist der Maschendrahtzaun östlich zu erneuern, da der Zaun sowie die Ösen rostig sind und technisch sowie optisch nicht mehr akzeptierbar sind.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen gemäß Motivtext möglich sind und falls nicht bereits geplant, wird um die Herstellung eines Trinkbrunnens ersucht.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.22 E-Ladestationen in Mariatrost
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Verfolgt die Politik und die Autoindustrie die Erhöhung des E-Autoanteils in der aktuellen Form weiter, wird es auch für eine Gemeinde notwendig sein, aktiv Ladestationen anzubieten. Nicht alle möglichen Nutzer haben die Möglichkeit einer privaten Ladestation.

Aus Bürgergesprächen wissen wir, dass sich die Mariatroster E-Lademöglichkeiten für Elektroautos nahe dem Mariatroster Teich wünschen. Nicht jeder hat die Möglichkeit eines Hausanschlusses.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Aufstellung von E-Ladestationen am Mariatroster Teich direkt neben der Altglas Sammelstelle oder direkt am Parkplatz des Teiches überprüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.23 Erweiterung der Lärmschutzwand
(Berichterstatter: KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Verschublärm in Gösting ist ein altbekanntes Problem. Erst vor kurzem wurde eine Lärmschutzwand im Bereich der Göstingerstraße errichtet.

Die Lärmschutzwand endet kurz vor der Spielwiese des Kindergartens, dadurch leiden die Kinder besonders unter dem hochfrequenten Quietschen.



Bei der jetzigen Gegebenheit sollte man die errichtete Lärmschutzwand in

Richtung Norden bis zum Stellwerkhaus weiterführen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Erweiterung der Lärmschutzwand im oben genannten Bereich erfolgen kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.24 Fallschutzgitter für Regenwasserrinne
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Entlang der Göstinger Straße auf Höhe der Hausnummer 81 gibt es eine große, aber vor allem tiefe Wasserrinne. Da es nahezu auf gesamter Länge der Göstinger Straße und somit auch anbetreffender Stelle keinen Gehweg/Steig gibt, stellt diese Rinne eine potenzielle und akute Gefahr dar. Bewohner erzählten von Beinaheunfällen beim Ausweichen aber auch bereits von einem Sturz in diese Rinne.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine entsprechende Abdeckung montiert werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.25 Hütte statt Überdachung bei der Endhaltestelle Mariatrost
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der wöchentliche Bauernmarkt bei der Endhaltestelle Mariatrost ist ein sehr beliebter und belebter Markt. Es werden regionale Köstlichkeiten von Obst, Gemüse, Eiern bis hin zu frischem Fleisch, Fisch und vielen anderen Spezialitäten wie Marmelade usw. angeboten. Dies wertet den Bezirk nicht nur enorm auf, sondern trägt auch zu einer gesunden Ernährung der Mariatroster bei.

Um den Marktbesuchern zukünftig eine ordentliche Infrastruktur bieten zu können, wäre eine fixe abspernbare Hütte vor Ort zweckmäßig. So wäre es möglich diverse Utensilien wie Putzmittel, Gerätschaften oder auch Tische zu lagern. Aktuell ist dort nur eine Überdachung, wo das nicht möglich ist.

Außerdem wären diese Maßnahmen gleichzeitig eine elegante Lösung, dass sich der vor Ort ansässige bekannte Obdachlose einen neuen Schlafplatz sucht oder sogar eine Ersatzschlafstelle in Anspruch nimmt, da sich dieser ohne Überdachung wahrscheinlich nicht mehr dort aufhalten würde.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Aufstellung einer Hütte anstatt der bestehenden Überdachung möglich wäre. Die bestehenden Fahrradständer sollen jedenfalls erhalten bleiben.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.26 Tempomessgerät Göstinger Straße
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Seit der Baustelle „Unterführung Peter-Tunner-Gasse“ hat sich der Verkehr stark nach Gösting verlagert. Die Göstinger Straße fungiert jetzt gerne als Ausweichroute.

Vor kurzem wurden im Bereich der 30er Zone bereits zusätzliche Hinweistafeln aufgestellt, diese werden von den Autofahrern leider oftmals nicht gesehen oder ignoriert. Aus diesem Grund ist ein Tempomessgerät dringend notwendig.

Besonders in diesem Bereich ist es durch den fehlenden Gehsteig notwendig die Geschwindigkeitsbeschränkungen einzuhalten.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein Tempomessgerät im oben genannten Bereich erfolgen kann. Bitte um gleichzeitige Information, sollte der Antrag mangels Zuständigkeit an die Bezirksvertretung weitergeleitet werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.27 Überprüfung der Verkehrssicherheit in der Raach (KO GR Pascuttini, KFG)

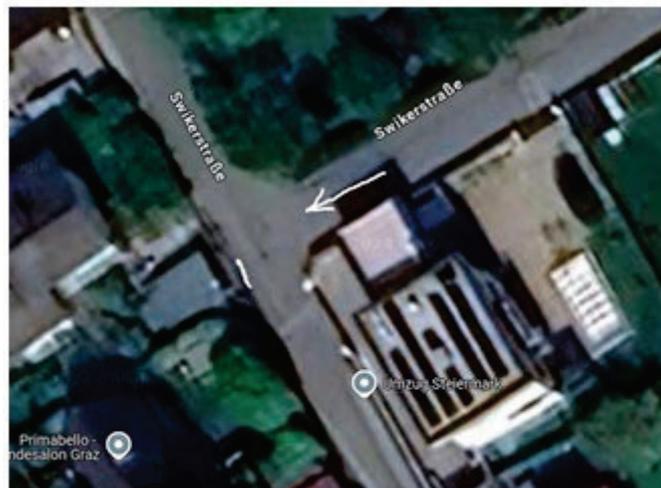
Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In der Swikerstraße/ Raachgasse kommt es auf Grund der unübersichtlichen Verkehrssituationen immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Auch wenn die Gegend verkehrstechnisch nicht hoch frequentiert ist, sind manche Kreuzungen auf diversen Straßenabschnitten für Verkehrsteilnehmer nicht vollständig einsehbar.

Ein Beispiel hierfür ist die im Bild ersichtliche Kreuzung bei man Richtung Westen kaum in die Quergasse einsehen kann.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Kreuzung Swikerstraße/ Raachgasse überprüfen, ob zum Beispiel die Aufstellung von Verkehrsspiegel(n) sinnvoll wäre.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.28 Verkehrssicherheit an der Weinzödlkreuzung
(KO GR Pascuttini, KFG)**

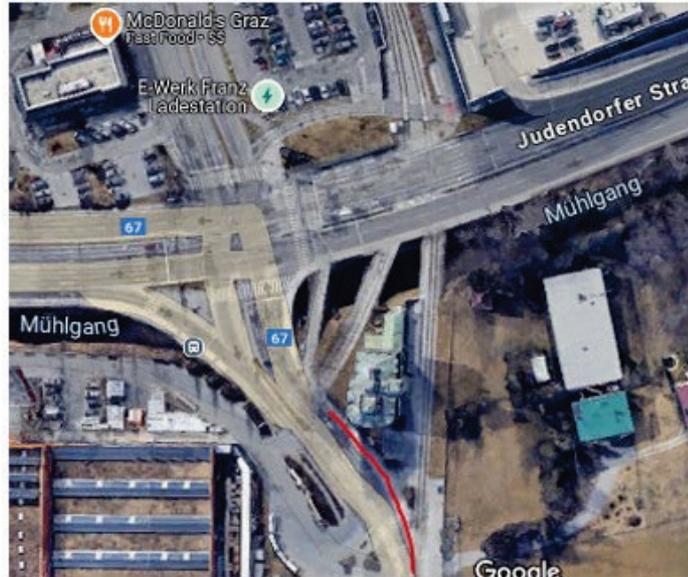
Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die „Weinzödlkreuzung“ ist für täglich hochfrequentierten Verkehr allseits bekannt und stellt die Verkehrsteilnehmer vor ständige Herausforderungen.

Durch das Shopping-Nord, Einkaufszentrum Autobahnzufahrt aber auch die Zufahrt zum OBI wird diese Kreuzung von vielen beansprucht und führt immer wieder zu riskanten Verkehrsmanövern.

In Bürgergesprächen wurde unter anderem der Wunsch an uns herangetragen, die Kreuzung vor allem für Fußgänger und Radfahrer zu entschärfen, da diese beim Rechtsabbiegen der Fahrzeuge in die Judendorfer Straße gefährdet sind sowie einen getrennten Gehweg (rot eingezeichnet), der aktuell mit Radfahrern gemeinsam genutzt werden muss, zu errichten.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Weinzödlkreuzung auf Optimierung prüfen und mögliche nötige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für alle Beteiligten umzusetzen, sowie eine getrennte Fußgänger/Radwegführung (rote Linie) zu errichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.29 Verkehrssicherheit in der Straßengelstraße
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Durch die parkenden Autos ist die ohnehin schon schmale Straße für Fußgänger noch gefährlicher.

In Bürgergesprächen wurde unter anderem der Wunsch an uns herangetragen, die Straße vor allem für Fußgänger sicherer zu gestalten.

Als Beispiel dient die Weixelbaumstraße, in der die Straßenverhältnisse nahezu ident sind und mittels Bodenmarkierung ein abgegrenztes „Gehweg“ markiert wurde.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine Markierung wie im genannten Beispiel Weixelbaumstraße umgesetzt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.30 Wasserproben Grazer Auwiesen
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Dem Dringlichen Antrag der Grünen-ALG aus der Gemeinderatssitzung vom 19. September 2024 folgend, ist die Mur im Vergleich mit anderen Städten, die von einem Fluss durchzogen werden, kaum für die Nutzung als Wassersport oder gar Schwimmgewässer geeignet. Es werden per Petition Maßnahmen zur Steigerung der Wasserqualität steiermarkweit gefordert.

In Graz selbst jedoch können Maßnahmen direkt ergriffen werden. So ergab die Überprüfung der Wasserqualität entlang der Grazer Auwiesen erhöhte Anzahl von Enterokokken, auch Phosphor- und PH-Werte waren grenzwertig.

Um die örtliche Nutzung als Quelle der Verunreinigungen ausschließen zu können, sollen in kürzeren regelmäßigen Abständen Wasserproben entnommen werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen regelmäßige, in kürzeren Abständen stattfindende Wasserproben, vor allem in den warmen Jahreszeiten (Hauptnutzungszeit der Grillplätze) veranlassen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.31 Verkehrsspiegel Arnikaweg Ecke Messendorfberggasse
(GRⁱⁿ Schleicher, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Durch die wichtigen und notwendigen Hochwasserschutzumbauarbeiten im Bereich der Kreuzung Arnikaweg/Messendorfberggasse wurde der dort vorhandene Verkehrsspiegel demontiert.

Nun sind die Bauarbeiten abgeschlossen und die Anrainer befürchten, dass der Verkehrsspiegel nicht mehr montiert wird.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann der Verkehrsspiegel im oben genannten Bereich wieder montiert werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.32 Verkehrsspiegel Moosbrunnweg

(GRⁱⁿ Schleicher, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Am Moosbrunnweg in Richtung St. Peter Hauptstraße befindet sich eine sehr starke Rechtskurve, die für Autofahrer nur schwer einsehbar ist.

Besonders bei schönem Wetter benutzen diese Straße sehr viele Spaziergänger was oft zu gefährlichen Situationen führt.



Ein Verkehrsspiegel in diesem Bereich würde die Situation massiv entschärfen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein Verkehrsspiegel im oben genannten Bereich montiert werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.33 Abfalleimer mit Hundekotsackerlspender Zahläckerweg
(GR Winter, KFG)**

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Bereich rund um den Heimgartenverein Zahläckerweg ist eine beliebte „Gassirunde“ für die Anrainer der umliegenden Siedlungen.

In mehreren Bürgergesprächen wurde uns mitgeteilt, dass es in diesem Bereich an Abfalleimer mit Hundekotsackerlspender fehlt.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an geeigneten Stellen Abfalleimer mit Hundekotsackerlspender aufgestellt werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.34 Linksabbiegeverbot Rösselmühlgasse Ecke Dreihackengasse (GR Winter, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

An der Kreuzung Rösselmühlgasse Ecke Dreihackengasse kommt es täglich zu Behinderungen durch jeweils in die Dreihackengasse links abbiegende Verkehrsteilnehmer (siehe Bild).

An der betreffenden Kreuzung markiert eine Sperrlinie zwischen den Fahrbahnen das jeweilige Linksabbiegeverbot. Vor allem in Richtung Griesplatz stellt das eine besondere Gefahr dar, da auch die Busspur, die auch von zahlreichen Radfahrern und E-Scooterfahrern genutzt wird, gequert werden muss.



Um also auf das Abbiegeverbot hinzuweisen und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, sollen beidseitig Linksabbiegeverbotstafeln montiert werden. Dass es an der Kreuzung noch zu keinen „gröberen“ Unfällen kam, grenzt bei den beobachteten Situationen an ein Wunder.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen an der Kreuzung Rösselmühlgasse Ecke Dreihackengasse von der Elisabethnergasse wie auch vom Griesplatz kommend jeweils ein Linksabbiegeverbotsschild prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.35 Einführung eines Christmas-Shuttle (GR Pointner, NEOS)

Originaltext des Antrages:

Während die Supermärkte bereits Lebkuchen anbieten und der erste Schnee auf den Bergen fällt, rückt die Vorweihnachtszeit und der Advent spürbar näher. So hat auch die Holding Graz kürzlich ihre neuen Pläne für den Advent 2024 vorgestellt (<https://steiermark.orf.at/stories/3271335/>) und dabei wurde auch das Thema der Nachhaltigkeit besonders in den Fokus gerückt.

Doch eine vielversprechende Idee blieb bislang unbeachtet: ein "Christmas-Shuttle", das ein zusätzliches Angebot für Besucherinnen und Besucher der Grazer Innenstadt darstellt, die ihr Auto lieber in den P+R-Anlagen am Grazer Stadtrand parken, anstelle sich auf die mühsame Parkplatzsuche zu begeben. Mit dieser Maßnahme könnte nicht nur das Adventerlebnis verbessert werden, sondern auch ein Beitrag zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs und zum Schutz unserer Umwelt geleistet werden.

Gerade in der Adventszeit, wenn die Grazer Adventmärkte zahlreiche Menschen anziehen, ist eine funktionierende und umweltfreundliche Verkehrsanbindung besonders wichtig. Und solange es keinen S-Bahn-City-Tunnel gibt, der die Besucherinnen und Besucher aus dem Grazer Umland direkt in die Stadt bringt, soll der Christmas-Shuttle genau hier ansetzen. Als Shuttle-Bus in weihnachtlichem Design schafft der Christmas-Shuttle gleich zu Beginn des Graz-Besuchs eine angenehme Atmosphäre, fördert die Nachhaltigkeit und steigert gleichzeitig den Wirtschaftsfaktor Weihnachten in der Grazer Innenstadt.

Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Umsetzung eines Christmas-Shuttles aus den umliegenden P+R-Anlagen ins Grazer Zentrum umgesetzt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.36 Sofortiger Ausstieg der Energie Graz aus russischem Erdgas
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der vor über zweieinhalb Jahren gestartet wurde, hat eindrücklich gezeigt, wie riskant und wirtschaftlich problematisch die fortgesetzte Abhängigkeit von russischen Energielieferungen ist.

Während die meisten EU-Staaten ihre Abhängigkeit von russischem Gas seit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine weitestgehend auf null gebracht und ihre Importquellen diversifiziert haben, ist der Anteil an russischen Gasimporten hierzulande nach wie vor hoch. Kamen 2021 noch rund 45 % der Gaslieferungen in die EU aus Russland, waren es 2023 nur noch 14,8 %. Diese wurden durch Importe aus Norwegen (30,3 %), den USA (19,4 %), den nordafrikanischen Staaten (14,1 %) sowie dem Vereinigten Königreich (5,7 %) und Katar (5,3 %) ersetzt, wie die Europäische Kommission im vergangenen Jahr berichtete. In Österreich ist der Anteil russischer Gasimporte nach wie vor exorbitant hoch: In den ersten fünf Monaten des Jahres 2024 lag der durchschnittliche Anteil russischer Gasimporte bei rund 90 %. Von einer Diversifizierung und Verringerung der Abhängigkeit gegenüber Russland kann also keine Rede sein.

Die Analyse der Außenhandelsstatistik durch das NEOS Lab zeigt, dass Russland im Jahr 2023 durchschnittlich 22 % höhere Gaspreise verrechnet hat als andere Länder. Diese überhöhten Preise sind ein klarer Indikator dafür, dass der vermeintliche Vorteil Österreichs, viel billiges russisches Gas beziehen zu können, in der Realität nicht existiert. Russland nutzt seine marktbeherrschende Stellung gezielt aus, um sich politische und wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Insgesamt hat Österreich in den Jahren 2022 und 2023 mehr als 11 Milliarden Euro für russisches Gas in Richtung Kreml überwiesen und damit mehr zur Unterstützung von Putins Kriegstreiberei investiert als in das eigene Bundesheer. Die Zahlen zeichnen in Summe also ein düsteres Bild: Russisches Gas wird weder zuverlässiger geliefert, noch ist es billiger als Gas aus anderen Quellen. Während man im Strommarkt Anbieter wechseln kann, um seine persönliche Abhängigkeit zu reduzieren, ist man bei der Fernwärme dem Energiemix der Erzeuger ausgeliefert.

Somit ist auch die Versorgungssicherheit der steirischen Fernwärme - insbesondere der Stadt Graz - bedroht und man müsste im Falle eines Transitstopps wie in den Jahren 2019, 2020 und 2022 wieder auf Kohle und Heizöl umsteigen. Der Prüfbericht des Landesrechnungshofes unterstreicht die enorme Abhängigkeit des steierischen

Fernwärmenetzes. Während in der Steiermark (ohne Graz) der Erdgasanteil bei 36 % liegt, sind es im Großraum Graz (Energie Graz, Graz Süd, Wildon) 95,2 % und bei der Energie Graz sogar 99,7 %.

Mit der Energie Graz GmbH & Co KG besteht ein Rahmenvertrag über die Lieferung von Erdgas, die Beschaffung erfolgt über nationale und internationale Handelsplattformen und stammt laut Gaskennzeichnung der Energie Graz zu 99,46 % im Vorsorgemix und zu 99,77 % im Produktmix aus unbekannter Herkunft. Entgegen der Behauptung seitens der Energie Steiermark AG, dass Gas aus nicht-russischen Quellen in ausreichender Menge gesichert werden konnte, ist zu hinterfragen, woher dieses Gas tatsächlich kommt.

Die Wien Energie hat bereits wichtige Schritte gesetzt und den Ausstieg aus russischem Gas bis zum Jahr 2025 beschlossen. Neue Liefermengen werden von Händlern gekauft, die versichern können, dass sie die benötigte Menge an nicht-russischem Gas in das Gasnetz einspeisen. Wenn mehr Energieeinkäufer so vorgehen, wird immer weniger russisches Gas im europäischen Gasnetz vorhanden sein. Die Herkunft wird dabei entsprechend EU-Regelung durch eine „Declaration of Honour“ garantiert. Die Handelspartner garantieren damit, dass sie die entsprechenden Mengen in das europäische Gasnetz einspeisen. Die durch den Ausstieg aus russischem Gas entstehenden Mehrkosten werden dabei nicht an die Kund:innen weitergegeben.

Mit dem drohenden Transitstopp durch die Ukraine wird die Lage in der steirischen und somit auch Grazer Gasversorgung mit Ende 2024 noch kritischer. Will man durch die Fernwärme wirklich ein Land finanzieren, das Krieg gegen einen souveränen Staat in unmittelbarer Nähe führt, Österreich auf die Liste der „unfreundlichen Staaten“ gesetzt hat und Energiepolitik gezielt als Waffe einsetzt, um Europa zu destabilisieren?

In Europa ist zurzeit ausreichend Erdgas verfügbar, die Gasspeicher werden zum Ende des Jahres noch zu 70 % gefüllt sein und der Gaspreis bewegt sich in etwa auf

Vorkrisenniveau. Die Stadt Graz muss daher alles in seiner Macht Stehende tun, um den Ausstieg aus russischem Gas zu beschleunigen. Das überteuerte russische Gas heizt nicht nur die Teuerung an, sondern sorgt auch weiterhin für eine Finanzierung der russischen Kriegsmaschinerie. Gerade weil die Grazerinnen und Grazer bei der Fernwärme keine Wahl haben, braucht es einen schnellen Ausstieg aus russischem Gas.

Deshalb bringe ich Namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den schriftlichen

Antrag:

- 1) Die Stadt Graz bekennt sich zu einem möglichst schnellen Ausstieg aus russischem Gas.*
- 2) Die Energie Graz wird aufgefordert, die Abhängigkeit von russischem Gas so schnell wie möglich zu beenden.*
- 3) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, für den Bereich der Grazer Fernwärme umgehend eine Ausstiegsstrategie aus russischem Gas zu erarbeiten, welche beispielsweise Lieferverträge mit mehreren nicht-russischen Handelspartnern beinhaltet, die durch die "Declaration of Honour" die Einspeisung entsprechender Mengen garantieren und durch fälschungssichere Herkunftszertifikate absichern.*
- 4) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie der Ausbau von Biogas und grünem Wasserstoff forciert werden kann, sowie wie Investitionen in Geothermie und Großwärmepumpen rasch umgesetzt werden können.*

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.37 Verkehrssicherheit im öffentlichen Verkehr in Graz erhöhen
(GR Pointner, NEOS)**

Originaltext des Antrages:

Die Sicherheit im öffentlichen Verkehr in Graz ist von großer Wichtigkeit, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Zahl schwerer Unfälle im Straßenbahnverkehr. Bereits im September wurde die Höchstzahl schwerer Unfälle aus dem gesamten Jahr 2022 erreicht, was die Notwendigkeit von sofortigen Maßnahmen verdeutlicht.

Laut Daten der Statistik Austria zeigt sich, dass die Straßenbahn als Verkehrsmittel kontinuierlich eine hohe Unfallbeteiligung aufweist. Besonders alarmierend sind die jüngsten Vorfälle der letzten zwei Monate, bei denen ein Kind und ein Erwachsener ihr Leben verloren haben und viele Menschen verletzt wurden. Zu den notwendigen Maßnahmen gehören sowohl technische Verbesserungen wie zusätzliche Warnsignale und die Erhöhung der Sicherheitsabstände als auch die Intensivierung der Schulungen für das Fahrpersonal, um deren Bewusstsein für potenzielle Gefahren zu schärfen. Darüber hinaus ist eine verstärkte Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer:innen nötig.

Um weitere Tragödien mit Straßenbahnen in Graz zu verhindern, stelle ich namens der NEOS Gemeinderatsfraktion und gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden schriftlichen

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, wie die Umsetzung notwendiger Maßnahmen, wie etwa die Installation zusätzliche Warnsignale, die Erhöhung der Sicherheitsabstände und eine intensivere Schulung des Fahrpersonals, zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im öffentlichen Verkehr realisiert werden kann.

Dem Antragssteller ist bis spätestens Dezember dieses Jahres ein Bericht über die Prüfung schriftlich zu übermitteln.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.38 Wahlrechtsreform für Unionsbürger:innen (GR Pointner, NEOS)

Originaltext des Antrages:

Derzeit sind viele Menschen, die seit Jahren in Österreich leben, arbeiten und Steuern zahlen, von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Darunter auch eine große Anzahl an Unionsbürger:innen, die trotz ihres wesentlichen Beitrags zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben nach wie vor keinen Zugang zur politischen Teilhabe haben.

Dieser Zustand widerspricht den Grundwerten der Demokratie. Ein erster Schritt, um dieses demokratische Defizit zu beheben, wäre die Einführung des aktiven sowie des passiven Wahlrechts auf nahezu allen Ebenen der österreichischen Politik (mit Ausnahme der Wahl zum Bundespräsidenten / zur Bundespräsidentin) für Unionsbürger:innen, die ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben.

Besonders vor dem Hintergrund des aktuellen Wahlkampfes zur Nationalratswahl erscheint die Wahlrechtsreform dringlicher denn je. So weist auch die Pass Egal Wahl, eine von SOS Menschen ins Leben gerufene symbolische Wahl, auf den Ausschluss von etwa 1,5 Millionen in Österreich lebenden Menschen ohne Staatsbürgerschaft hin. In Graz wird diese symbolische Wahl in Kooperation mit Initiativen wie ZEBRA regelmäßig durchgeführt, um das Bewusstsein für diesen Mangel an politischer Teilhabe zu

schärfen. Sie bietet nicht wahlberechtigten Bewohner:innen die Möglichkeit, ihre politische Meinung zu äußern - eine, die ihnen im offiziellen Wahlsystem verwehrt bleiben, obwohl viele von ihnen seit Jahren in Österreich leben und hier ihren Lebensmittelpunkt haben (<https://www.passegalwahl.at/>).

Es ist an der Zeit, Unionsbürger:innen, die bereits einen wesentlichen Beitrag zum Gemeinwesen leisten, das ihnen zustehende Wahlrecht zu gewähren. Dies wäre der erste Schritt in Richtung einer Wahlrechtsreform, die langfristig zu mehr politischer Teilhabe für alle in Österreich lebenden Menschen führen könnte.

Daher stelle ich gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats den folgenden schriftlichen

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, eine entsprechende Petition zur umfassenden Reform des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürger:innen an den Bundesgesetzgeber auszuarbeiten und dem zuständigen Ausschuss zur Vorberatung bis Ende des Jahres vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.39 Erhöhung der Termine für Biomüllabholung
(GR Wagner, FPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Der Herbst steht vor der Tür und damit verbunden ist so wie jedes Jahr eine Zunahme von Laub und Grünschnitt. Wie aus zahlreichen Bürgeranliegen hervorgeht, führt dies dazu, dass oftmals die Biomüllkübel überfüllt sind und deshalb eine Erhöhung der Abholungstermine während der Herbstzeit gewünscht wird. Dies ist nicht nur im Sinne

der Anrainer, sondern auch im Sinne des Stadtbildes sowie für eine ordentliche Mülltrennung unerlässlich.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Möglichkeit eine Erhöhung der Frequenz bei der Biomüllabholung bzw. Entleerung während der Herbstzeit prüfen und dies gegebenenfalls umsetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.40 „Geschäftsbereich Integration“ einsparen – „Remigrationsbeauftragten“ einrichten
(GR Wagner, FPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Angesichts der desaströsen Budgetsituation in Graz und einer völlig überforderten Stadtregierung, die planlos Gebühren und Abgaben erhöht, ist es notwendig, grundlegende Reformen im „System“ der Stadtverwaltung durchzuführen und unnötige Ausgabentreiber einzusparen.

Der „Geschäftsbereich Integration“ in der Abteilung für Bildung und Integration wird der Stadt Graz im Jahr 2024 voraussichtlich mehr als 2,4 Millionen Euro kosten, ein Großteil davon sind Transferzahlungen.

Spätestens seit den 1990er-Jahren führt die von den Österreichern nie gewollte Zuwanderung kulturfremder Völker vom afrikanischen Kontinent und dem Orient in Städten wie Graz zu massiven Problemen, ab der Migrantenwelle im Jahr 2015 erkennen wir unsere Stadt nicht wieder.

Geplante bzw. durchgeführte Terroranschläge, Messerstechereien, Vergewaltigungen, Gruppenvergewaltigungen, Diebstähle und Sachbeschädigungen sind die negativen Auswirkungen der Zuwanderung in Bezug auf die Sicherheit der Bürger. Der Verlust von Identität, ein Zusammenbruch des Sozialstaates und der Gefahr des Islamismus sind weitere Folgen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass trotz intensiver Integrationsbemühungen seitens jeglicher Gebietskörperschaften und Vereine in Österreich die Erfolgsquote bei kulturfremden Migranten sehr gering ist. Das am Ende eines Integrationsprozesses stehende Ziel einer Assimilation (völlige Anpassung an die österreichische Kultur und Lebensweise) ist de facto bei kulturfremden Migranten aus den oben genannten Herkunftsregionen eine Ausnahmeerscheinung.

Integration ist vor allem eine Bringschuld. Viele anständige Zuwanderer von kulturnahen Völkern beispielsweise Kroaten, Ungarn und weitere, haben diese meist vorbildlich erbracht. Aufgrund der bestehenden Integrationsprojekte auf Bundes- und Landesebene ist es nicht notwendig, seitens der Stadt Graz zusätzlich einen Geschäftsbereich mit Ressourcen und enormen Summen an Fördergeldern für linke Multikulti-Projekte auszustatten.

Damit Graz die Heimat einheimischer Österreicher bleibt, braucht es eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik und die Remigration von illegal eingereisten Migranten ist auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen und in Form von freiwilligen Anreizprogrammen zu starten.

Die Stadt Graz soll hierzu den „Geschäftsbereich Integration“ in der Abteilung für Bildung und Integration auflösen, was zu enormen Einsparungen für das marode Stadtbudget führt. Des Weiteren soll im Bürgeramt ein Dienstposten für einen „Remigrationsbeauftragten“ eingerichtet werden, welcher als Beratungsstelle zur Rückkehr von Migranten in die Herkunftsstaaten als auch zur Datenaufbereitung und Kooperationsstelle mit anderen Behörden dient.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, folgender

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der „Geschäftsbereich Integration“ als Dienststelle der Abteilung für Bildung und Integration aufgelöst, die zuvor genannte Abteilung umbenannt und im Bürgeramt ein Dienstposten als „Remigrationsbeauftragten“ geschaffen wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.41 Radarmessgerät Rudersdorferstraße auf Höhe Gadollaweg
(GR Wagner, FPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Die Verbindungsstrecke zwischen dem Ortszentrum von Feldkirchen bei Graz und der Puntigamer Straße gilt seit Jahren als stark frequentiert. In regelmäßigen Abständen treten die Bürger dieser Wohngegend an die Bezirkspolitik und an die Polizei heran und berichten über deutlich sichtbare Geschwindigkeitsüberschreitungen. Vor allem der

Wohnbereich rund um die Gadollasiedlung ist betroffen. Rund um dieses Gebiet wohnen über 1.000 Menschen, unter ihnen viele Kinder. Seitens der Anwohner wird ein Radarmessgerät gefordert, das in der Rudersdorfer Straße im Bereich des Gadollaweges installiert werden soll. Dieses würde den Verkehr lokal „einbremsen“ und so für verkürzte Bremswege in Notsituationen sorgen. Messdaten der Radarsäule im Norden der Rudersdorfer Straße aus dem Jahr 2024 zeigen deutlich, dass nur ein kleiner Anteil der gemessenen Fahrzeuge die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 Stundenkilometern überschreiten – von 472.202 Fahrzeugen wurden lediglich 3.257 Fahrzeuge „geblitzt“, was 0,69% aller gemessenen Fahrzeuge entspricht. Die Installation eines solchen Geräts auf Höhe des Gadollaweges würde daher auch dort den gewünschten Effekt herbeiführen und den die Geschwindigkeit des Verkehrs auf die erlaubten 30km/h reduzieren.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, ein Radarmessgerät in der Rudersdorfer Straße auf Höhe Gadollaweg zu installieren. Dieses verlangsamt einen hohen Prozentsatz der Verkehrsteilnehmer, die in dieser mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 Stundenkilometern ausgewiesenen Straße zu schnell unterwegs sind.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.42 Schaffung einer Entlastungsstraße in Puntigam
(GR Wagner, FPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Der Bezirk Puntigam wird von seinen Bewohnern aufgrund der hohen Lebensqualität sehr geschätzt. Auch für die Wirtschaft ist der 17. Grazer Gemeindebezirk in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Mit dem Ansiedeln diverser Firmen nahm auch der Schwerverkehr zulasten der Anrainer stetig zu. So finden sich im Bereich der Auer-Welsbach-Gasse beispielsweise die FCC, die Fa. Janits, die Fa. Ankünder und die XAL. Seitens der Bezirks- und Gemeindepolitik, vor allem von der ÖVP, den Grünen und der SPÖ, wurde den Anrainern schon vor vielen Jahren versprochen, eine Lösung für die vorherrschende Belastung durch den LKW-Verkehr zu finden. Den Ankündigungen folgten nie Taten, die Anrainer wurden immer wieder vertröstet. Was es braucht, ist eine Lösung zur Wahrung der Lebensqualität der Anrainer und zur Unterstützung der ansässigen Betriebe, die auf Transport eigener bzw. fremder Waren wirtschaftlich angewiesen sind.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, eine Entlastungsstraße zu schaffen, die zum einen die Anrainer vom Schwerverkehr befreit und zum anderen eine optimale Zufahrt zu sämtlichen Firmen im Gebiet Auer-Welsbach-Gasse und dem Gasometerweg gewährleistet.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.43 Sichere Querungsstelle in der Rudersdorfer Straße auf Höhe Gadollaweg
(GR Wagner, FPÖ)**

Originaltext des Antrages:

Der äußerst stark frequentierten Rudersdorfer Straße fehlt es seit jeher an einem Gehsteig. Dieser kann u.a. aufgrund der mangelnden Fahrbahnbreite nicht gebaut werden. Besonders im Bereich des Gadollaweges queren viele Anrainer die Rudersdorfer Straße. Zum Beispiel, um zur Bushaltestelle zu gelangen, die noch immer nicht wie versprochen saniert wurde oder am Weg zu weniger stark frequentierten Straßen wie dem Kaiserwiesenweg.

Um Anrainer und Fußgänger noch besser vor Unfällen mit anderen Verkehrsteilnehmern in diesem Bereich zu schützen, bedarf es einer gut sichtbaren Querungsstelle. Diese kann mit Markierungen am Boden und einer zusätzlichen, beleuchteten Beschilderung ausgewiesen werden.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, eine sichere Querungsstelle für Fußgänger in der Rudersdorfer Straße auf Höhe Gadollaweg zu schaffen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.44 Sicherheitspersonal bei Großveranstaltungen (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Ein glücklicherweise vereitelter Terroranschlag auf ein Taylor Swift-Konzert in Wien bewegte im August das ganze Land und sorgte weltweit für Schlagzeilen. Dieser Vorfall zeigte einmal mehr, wie präsent die Gefahr des islamistischen Terrors in unserer Gesellschaft heutzutage ist. Allein der geplante Anschlag verursachte einen finanziellen Schaden in Millionenhöhe sowie einen beträchtlichen Schaden für den Ruf der Stadt Wien als Veranstaltungsstandort. Bei einer erfolgten Tat wären die Konsequenzen vermutlich katastrophal gewesen.

Medienberichten zufolge soll es einem Komplizen des Hauptverdächtigen im Vorfeld der geplanten Tat gelungen sein, als Mitarbeiter bei der für die Swift-Konzerte zuständigen Sicherheitsfirma angestellt zu werden. Dieses brisante Detail sorgte für große Diskussionen über die Gefahr, welche vom Sicherheitspersonal bei solchen Großveranstaltungen ausgehen könnte. Eine einheitliche Regelung auf Bundesebene zur Sicherheitsüberprüfung solcher Mitarbeiter besteht aktuell nicht.

Als Veranstaltungsort zahlreicher Konzerte und anderer Großveranstaltungen ist es daher notwendig, dass die Stadt Graz in dieser Sache selbst Verantwortung übernimmt. Durchschnittlich werden von der MCG Graz jährlich laut eigenen Angaben etwa 450 Veranstaltungen mit über 1,1 Mio. Besuchern verwaltet. Das Potenzial für Terroranschläge ist demnach auch in unserer Stadt beträchtlich. In Anbetracht dieser Bedrohungslage soll die bisherige Praxis hinsichtlich der Bestellung von Sicherheitspersonal bei Großveranstaltungen gründlich evaluiert werden. Insbesondere die Frage, inwiefern die Möglichkeit einer Unterwanderung durch islamistische Dienstnehmer besteht, soll damit beantwortet werden. Auf Basis dieser Evaluierung ist die Stadtregierung gefordert, innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen gegebenenfalls geeignete Richtlinien zur Risikominimierung zu erarbeiten.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Antrag

*gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Die Stadtregierung werde aufgefordert, eine Evaluierung der Bestellung von Sicherheitspersonal bei Großveranstaltungen im Verantwortungsbereich der Stadt Graz durchzuführen. Damit soll die Gefahr einer Unterwanderung durch islamistisch gesinnte Mitarbeiter erörtert werden. Sollten sich im Zuge dieser Evaluierung dahingehend Schwachstellen offenbaren, ist die Stadtregierung gefordert, Richtlinien festzulegen, um diese im Rahmen der Möglichkeiten zu beseitigen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.